

#BEAMTENPOLITIK 04. September 2020

Tarif- und Besoldungsrunde öffentlicher Dienst Bund - Verhandlungsauftakt in Potsdam

Der Verhandlungsauftakt zur Einkommensrunde für die Beschäftigten in Bund und Kommunen wurde am 1. September 2020 in Potsdam ohne ein Arbeitgeberangebot beendet.

Enttäuschung nach der ersten Runde in den Tarifverhandlungen für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Zwar hatten die Arbeitgeber freundliche Worte für die Leistung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gefunden, ein faires Angebot für Lohnsteigerungen sei jedoch nicht in Sicht, so die Verhandlungsführer von ver.di.

Die Arbeitgeber klagen über eine angespannte Kassenlage bis 2023 und streben eine lange Laufzeit für einen Tarifvertrag an.

Vom TVöD sind insgesamt rund 2,5 Millionen Personen erfasst: Ca. 2,3 Mio Beschäftigte des Bundes und der Kommunen sowie etwa 220.000 Bundesbeamt*innen, auf die das Tarifergebnis übertragen werden soll.

Die Forderungen lauten im Wesentlichen:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 %, mindestens aber um 150 Euro / Monat.
- Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikant*innen um 100 Euro monatlich.
- Laufzeit zwölf Monate.

Die Erwartungen an die Arbeitgeber richten sich zusätzlich auf manteltarifliche Änderungen für die Beschäftigten:

- Entlastung der Beschäftigten, insbesondere durch freie Tage.
- Verlängerung und Verbesserung der Regelungen zur Altersteilzeit.

Beamtinnen und Beamte des Bundes

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des noch zu erzielenden Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung. Ferner wird der Bund aufgefordert, die Arbeitszeit der Bundesbeamt*innen an das Tarifniveau anzugleichen.

Weitere Verhandlungstermine sind am 19./20. September 2020 sowie am 22./23. Oktober 2020 vorgesehen.